

PRESSEMITTEILUNG

Energiepolitik

Nr. 445/12 vom 16. Oktober 2012

Jens-Christian Magnussen: Mit Emotionen lässt sich die Energiewende nicht voranbringen!

Zur Diskussion um steigende Energiekosten erklärt der energiepolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Jens Christian Magnussen:

„Die Energiewende kostet Geld und ist nicht zum Nulltarif zu haben. Die Presse des Kollegen Matthiessen dokumentiert eindrucksvoll, dass die Grünen weiter auf Emotionen bei der Umsetzung der Energiewende setzen, als sich endlich der Realität zu stellen“, so Magnussen.

Die Forderung der Grünen, die Kostenbefreiungen bei der EEG-Umlage aufzuheben, ginge zu Lasten des schleswig-holsteinischen Mittelstandes und gefährde Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein. Das EEG sei in der Sache richtig. Eine ernstzunehmende Alternative hätten auch die Grünen bislang noch nicht präsentiert.

Vielmehr seien sinnvolle und realitätskonforme Lösungen – auch Interimslösungen – gefragt. Dazu zählen genauso Umsetzungen ausgewogener und verträglicher Energiekosten, um vor allem Klein- und Kleinstbetriebe in ihrer Existenz nicht zu gefährden.

„Ich kann die Sorge dieser Betriebe in Schleswig-Holstein sehr gut verstehen. Deshalb begrüße ich die Bemühungen von Bundesumweltminister Altmaier, gemeinsam mit dem Handwerk nach Lösungen zu suchen. Steigende

Energiekosten dürfen nicht zu Lasten von Arbeitsplätzen in Schleswig-Holstein gehen. Genau aus diesem Grund sind aber auch die Befreiungen von der EEG-Umlage für produzierende Unternehmen mit einem hohen Stromverbrauch von existenzieller Bedeutung. Die GRÜNEN vergessen sehr gerne, dass diese Kostenbefreiungen auch Arbeitsplätze sichern“, so Magnussen. Ein Schlüssel für das Gelingen der Energiewende liege auch im konstruktiven Miteinander. Das Schüren von Emotionen trage jedoch nicht dazu bei.

Die Energiewende habe ihren Preis, aber sie berge auch wichtige Chancen für Schleswig-Holstein, die nicht vergeben werden dürfen. „Der Erfolg der Energiewende wird sich auch daran messen lassen, ob es gelingt, auf der einen Seite keine Existenzen in Gefahr zu bringen und auf der anderen neues Wachstum und Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein zu schaffen“, erklärt Magnussen.